

UNIWEIT

uniweit

interdisziplinär

NR.10 ZEITUNG DER

UNI HEIDELBERG

V.i.S.d.P: FSK

19.10.89

Auflage: 2500

Stuttgart macht Tempo

Neues Mitbestimmungsgesetz schneller als gedacht?

Es war - neben den Uni-internen Bestrebungen um eine unabhängige Studierendenvertretung (s. auch "gibt Geist auf") - schon Thema im letzten Semester: Die CDU in Baden-Württemberg hatte sich das RCDS-Fachschäftsmodell zur studentischen Mitbestimmung zu eigen gemacht und geplant, irgendwann in den nächsten Jahren das Landeshochschulgesetz in diesem Sinne zu ändern. Glücklicherweise gab es aber auch in der CDU-Fraktion einige Leute, die einsahen, daß dieses Modell nicht gerade eine hervorragende Idee zur Reformierung der studentischen Mitbestimmung darstellt.

Leider ist jetzt ein kleines Mißgeschick passiert: Vor ca. drei Wochen brachten SPD und Grüne im Landtag insgesamt neun Vorlagen zum Thema "Studentische Mitbestimmung" ein. Die CDU wurde überrumpelt und mußte sich in ihrer Not (und mangels Alternative) nicht besser zu helfen, ihrerseits das RCDS-Modell einzubringen. Zur besseren Übersicht seien hier einmal die entscheidenden Punkte der drei zur Debatte stehenden Modelle zusammengefaßt:

Das CDU-Modell: Das CDU-Modell bringt keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung der gegenwärtigen Lage. Die Verfaßte Studierendenschaft, außer in Bayern und BaWü überall Usus, wird natürlich nicht wieder eingeführt, auch der momentan rechtlose "ASTa", hierzulande nur Kastrat (=kastrierter ASTa) genannt, bekommt keine neuen Rechte wie z.B. Finanzhoheit o.ä.. Dafür wird eine Art "Fachschaft" wiedereingeführt, die jedoch von vorneherein "kastrierte Fachschaft" heißen müßte, da sie ebenfalls keinerlei Mitspracherechte erhält und unter Aufsicht der Uni-Verwaltung steht. Die "Fachschaften" dürfen sich zwar in einer "Fachschäftkonferenz" treffen, diese FSK hat aber keinerlei Rechte. An der zahlenmäßig völligen Unterrepräsentierung der StudentInnen in den Uni-Gremien ändert sich natürlich auch nichts.

Das Modell der Grünen: Das basisnahe Modell. Die Verfaßte Studierendenschaft wird wieder eingeführt, das Modell (Stupa, FSK oder was sonst) wird der jeweiligen Satzung überlassen. Der ASTa hat selbstverständlich Finanzhoheit und politisches Mandat. Die Fachschaften werden ebenfalls wieder eingeführt. Sie erhalten Finanzmittel und Finanzhoheit und, der Knüller: Sie erhalten ein Veto-Recht bei allen wichtigen Entscheidungen am Fachbereich! Im Konfliktfall wird eine Schiedskommission eingesetzt, an der Studis beteiligt sind. Ein solches Veto-Recht erhalten ebenfalls die studentischen Mitglieder der Gremien in Fragen, die die Lehre und die Forschungsschwerpunkte berühren.

Das SPD-Modell: Das klassische Stupa-Modell. Eine Verfaßte Studierendenschaft wird eingeführt, Fachschaften ebenso. Die Studierenden wählen einmal im Jahr ein Studierenden-Parlament, dieses Parlament wählt den "Allgemeinen Studierenden-Ausschuß (ASTa)". Der ASTa erhält Finanzhoheit und das politische Mandat, d.h. er darf sich in allen Fragen im Namen der Studierenden äußern (der momentane Kastrat hat noch nicht einmal das hochschulpolitische Mandat). Einziger Kritikpunkt: Zu geringe Berücksichtigung von Fachschaften und Organen wie Uni-VV's, kein Wort über die Vertretung in den Gremien.

weiter auf S. 2

Wohnen - aber wo?

Katastrophale Lage zu Beginn des WS

Jeden Winter wieder scheint es, als müßte jetzt endlich der große Aufschrei kommen, als müßten jetzt endlich auch die letzten VermieterInnen und PolitikerInnen begreifen: So geht es nicht weiter! Diesen Winter sieht es so aus, als sei endgültig die Schmerzgrenze erreicht: Das Semester hat begonnen, und immer noch haben über hundert, wenn nicht mehrere hundert, Studierende keine Wohnung auf Dauer in Heidelberg. Die modrigen Löcher in der Altstadt, die Betonsärge im Emmertsgrund sind voll, die Mieten selbst in Kaffern wie Mauer (schon mal gehört?) unerschwinglich. Dabei pendelt schon die Hälfte der Studierenden, ca. ein Viertel sogar über 50 km! Dabei gibt schon jetzt die übergroße Mehrheit aller Studierenden etwas die Hälfte der monatlich zur Verfügung stehenden Knete fürs Wohnen aus! Aber es reicht nicht: Immer noch stehen Studierende auf der Straße. Natürlich geht es nicht nur uns Studis so: Preiswerte Wohnungen sind knapp, und das trifft alle, die nicht im Geld schwimmen, ob sie nun studieren oder viele Kin-

der haben, arbeitslos sind oder zu denen gehören, die gerade erst in unsere Republik übergesiedelt sind. Alle drängen auf einen Wohnungsmarkt, der nicht nur leergefegt ist, sondern noch weiter geleert wird: Täglich verschwindet preiswerter Wohnraum, weil er teuer saniert wird, weil Büros oder Praxen einziehen. Dadurch ändert sich nicht nur die Sozialstruktur ganzer Stadtviertel (in Heidelberg neben der Altstadt besonders betroffen: Die Weststadt und, seit neuestem, Neuenheim): Dort, wo eine Fünfer-WG auszieht und ein Pärchen ein, wohnen schlicht weniger Leute auf der gleichen Fläche - und das bei erhöhtem Wohnraumbedarf. Hier wäre die Stadt gefragt, und sie könnte auch handeln. Sie könnte festschreiben, daß in bestimmten Stadtgebieten ein bestimmter Prozentsatz an Studierenden wohnen können muß - gleichgültig, wer da sanieren will. Sie könnte die Umwandlung in gewerblichen Raum verhindern. Sie könnte bei Neubauten Auflagen erlassen, daß auch preiswerter Wohnraum ge-

weiter auf S. 2

Stuttgart... (Fortsetzung)

Schon beim ersten Durchlesen wird deutlich: Das Modell der Grünen gewährleistet am ehesten eine echte Mitbestimmung der Studierenden an der Universität. Ebenso wird sich jeder denken können, daß die CDU dieses Modell sofort abgeburstet hat ("Entscheidungsprozesse werden empfindlich verzögert").

Aufgrund der Panik, die bei der CDU ausgebrochen ist, sieht es so aus, daß alle diese Vorschläge jetzt wieder in den Ausschüssen schlummern (in denen ebenfalls die CDU die Mehrheit hat). Da die Entwürfe nun aber bereits ihre erste Vorlage im Parlament hinter sich haben, ist es durchaus möglich, daß aus einem dieser Vorschläge bereits in drei bis vier Monaten Gesetz wird. Klar ist, daß die CDU weder dem roten noch dem grünen Modell zustimmen wird. Es ist nur die Frage, ob sie die Courage hat, ihr Modell, das sie so nie Gesetz werden lassen wollte, wieder zurückzuziehen. Sonst haben wir in Folge dieser Blitzaktion demnächst ein Mitbestimmungsmodell, das nur ein weiteres Alibi-Gremium einführt und unter Hochschul-Aufsicht stellt und sonst alles beim alten läßt, ein Modell, das so wirklich niemand wollte.

Maximilian

Gemeinsam stark

Jusos und FSK zusammen in den Gremien

Zu entscheiden haben wir nichts, unsere Stimmen zählen wenig, aber wenigstens kommen wir rein und so an Informationen: Wichtige Entscheidungen werden, sofern sie nicht auf Fakultätsebene gefällt werden, meist im kleinen Senat und dessen Ausschüssen getroffen. Dort ist seit den letzten Gremienwahlen der RCDS nicht mehr vertreten, d.h. die viel zu wenigen studentischen Plätze teilen sich FSK- und Juso-Leute. Beide Gruppen haben sich auf eine gemeinsame Liste für die Senatsausschüsse geeinigt und beschlossen, sich vor jeder Sitzung abzusprechen und koordiniert vorzugehen. Diese Koordination untersteht der FSK. Dadurch soll erreicht werden, daß die Fachschaften, zu denen die meisten Studierenden mehr Bezug haben als zu sonstwem, zu allen wesentlichen Entscheidungen Zugang erhalten. Bleibt nur zu hoffen, daß sich die Fachschaften auch beteiligen!

Barney

PENN läuft

Die Schlafplatzaktion des AK Wohnen der FSK läuft weiter. Wir suchen Angebote von Leuten, die (auch kurzfristig und notdürftig) Studis, die noch keine Bleibe haben, bei sich übernachten lassen wollen, und vermitteln diese Angebote dann weiter. Beides läuft, wie bisher, im Kasträ, Lauerstr. 1, Tel. 06221/542456 od. 542457, von Montag bis Freitag von 11-13 und von 17-19 Uhr.

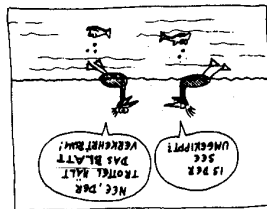
AK gibt Geist auf

Ein Letztes zum Uni-AK Mitbestimmung

Der Uni-AK Mitbestimmung ist gestorben. Zumindest gibt es ihn nicht mehr. Keine Satzung für eine unabhängige Studierendenvertretung wird von ihm ausgearbeitet. Trotzdem war nicht alles für den Arsch. Mindestens 5000 Exemplare unseres Readers haben wir unter Studivolk gebracht und dabei hoffentlich nahegebracht, was eine unabhängige Vertretung überhaupt soll, weshalb wir nicht unter der Fuchtel des Rektors stehen wollen, sondern wir uns selbst vertreten müssen. Unsere Urabstimmung ist zwar am selbstgesetzten Quorum gescheitert, aber eine repräsentative Umfrage unter 2246 Studierenden (=8,52%) haben wir durchgeführt. Davon waren 62,20% (=1397 Studie-

rende) der Meinung, mit dem FSK-Modell seien sie am besten vertreten, 24,20% (=555 Studis) votierten für das Stupa-Modell, 12,20% (=274 Studis) wollten auf alle Fälle eine unabhängige Struktur, egal welche, Hauptsache es tut sich was, und nur jämmerliche 0,76% (=17 Studis) waren der Meinung, es sei alles bestens, die Vertretung sei in Ordnung und solle auch in Zukunft so bleiben. Wer sich also mit dem Thema auseinandergesetzt und sich eine Meinung gebildet hat, welche sie/er bei der Abstimmung dokumentierte, die/der findet die bestehende Struktur unzureichend und unhaltbar.

Barney



Wohnen... (Fortsetzung)

schaffen wird. Sie könnte Sanierungen an eine Mietpreisbindung knüpfen, so daß die sanierten Wohnungen immer noch von WG's bezahlbar sind. Sie könnte neue Wohnungen bauen. Und so weiter und so fort.

Leider tut die Stadt nichts dergleichen. Es ist im Gegenteil erklärtes Ziel, Studierende aus der Altstadt zu vertreiben. Luxus-sanierungen und Umwandlungen werden nicht nur nicht verhindert, sondern teilweise sogar gefördert. Heidelbergs größere Unternehmen dürfen immer wieder Wohn- als Büroräume nutzen - selbstverständlich Ausgleichsleistungen werden entweder nicht vereinbart oder verschleppt.

Selbst zur kurzfristigen Verbesserung der Lage wird nichts getan: Viele Appelle, keine Mittel. Die Wohnheime, die gerade aus Mitteln eines "Sofort"-Programms gebaut werden, sollten eigentlich schon fertig sein. Der Baubeginn wurde aber, trotz beendeter Ausschreibung und obwohl alle Genehmigungen vorlagen, um sieben Monate verzögert. Die Wohnheime sollen jetzt am 15.3.1990 fertig sein. Sie werden ca. 350 neue Plätze bieten - vielleicht ausreichend für die Ankömmlinge im nächsten Sommersemester, auf Dauer verschwindend wenig.

Wir müssen also weiterhin Öffentlichkeit für das Problem schaffen, müssen versuchen, die Regierenden davon zu überzeugen, daß vielleicht nicht nur das Häusle Förderung verdient - im Gegenteil. In der zweiten Semesterwoche ist ein Koordinierungstreffen für Aktionen gegen die studentische Wohnungsnot vorgesehen - achtet auf die genaue Terminankündigung und kommt in Scharen!

Maximilian

Pecunia olet

Kasträ ohne Geld

Die Finanzlage des FSK-Kasträ ist mehr als lau. Unser Jahresetat beträgt ca. 55 000 DM, den wir hauptsächlich zur Unterstützung von Fachschaften und anderen studentischen Gruppen brauchen, aber auch für ReferentInnengelder, Vortragskosten, Raummieten und Druckkosten. Die größten Kosten haben dieses Jahr der Streik und die Sommeruni verursacht, aber auch die Fachschaften benötigen starke Unterstützung. Die Höhe des Jahresetats wird nach der Größe der UNI berechnet. In

beglückt uns das Wissenschaftsministerium mit 12 DM pro Studi, wobei von dem Etat auch noch das Sportinstitut, Collegium musicum und Studium generale bezahlt werden. (Im Vergleich zu anderen Unis in Ba-Wü belegen wir damit den untersten Platz, die Uni Konstanz darf z.B. 53 DM pro Studi ausgeben.) Über die Gründe der "großzügigen" Mittelzuweisungen kann nur spekuliert werden: Aus Stuttgart kommt kein Kommentar, Gerüchte sprechen von historischen Ursachen, z.B. StudentInnen Unruhen vor bald 20 Jahren.

Diese ungleiche Behandlung verschiedener Unis hat zur Folge, daß wir nicht so arbeiten können, wie wir wollen und es ist zu vermuten, daß uns über den Geldhahn ein Maulkorb aus Stuttgart verpaßt werden soll.

Katja